

Die UWG-Fraktion reichte am 04.02.2016 einen Antrag für die Ratssitzung am 04.04.2016 zur Vorlage eines „Masterplanes Flüchtlinge“ ein. Zur weiteren Beratung und Beschlussfassung wurde der Antrag in den Ausschuss für Generation, Integration und Soziales verwiesen.

Die UWG-Fraktion sieht mit dem Zustrom von Flüchtlingen neue Aufgaben der Stadt in den Bereichen der Sprachvermittlung, Kindergärten, Schule, Berufsausbildung, Arbeitsplätze, Wohnen, Minderjährige, Freizeit und Sicherheit zukommen. Die damit einhergehenden Probleme möchte sie in einem Gesamtkonzept aufgearbeitet wissen.

Da die Themenfelder Arbeit und Sicherheit außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Rates und des Bürgermeisters liegen, können verwaltungsseitig nur Aussagen zu den Aufgaben im Hinblick auf Kinder und Jugend sowie Freizeit und Wohnen getroffen werden. Zeitgleich werden auch im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport sowie Jugendhilfeausschuss flüchtlingsbezogene Themen erörtert. Diesbezüglich wird auf die entsprechenden Sitzungen und Beschlussinhalte verwiesen.

Die dringlichsten Aufgaben der Gemeinde liegen nach wie vor in der Beschaffung geeigneten Wohnraums. Wie bereits in der Ratssitzung am 01.02.2016 und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.01.2016 ausführlich dargestellt, kann die Verwaltung nur schwerlich die konkrete Planung zu der Flüchtlingsunterbringung fortsetzen, weil keine genauen Werte und Daten zu den weiteren Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen vorliegen oder nur widersprüchlich an die Verwaltung herangetragen werden. Darüber hinaus kann auch keine Prognose getroffen werden, wie sich der gesamte Flüchtlingszustrom weiterentwickeln wird.

Die Begleiterscheinung der enormen Kostenbelastung für die Gemeinde wirkt sich auch auf mögliche kommunale Integrationsmaßnahmen aus und schränkt ihren Handlungsspielraum erheblich ein. Gleichwohl erfolgen integrative Maßnahmen für die Flüchtlinge, die entweder von anderen Behörden oder zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Helfern angeboten werden.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung daher vor, die soziale Situation der Flüchtlinge in einem Bericht darzustellen und bestehende Planungen zu erörtern.

Rheinbach, den 16.03.2016

Gez.
Susanne Pauk
Fachbereichsleiterin

Gez.
Barbara Steinfartz
Fachgebietsleiterin